

Antrag der Fraktion DIE LINKE

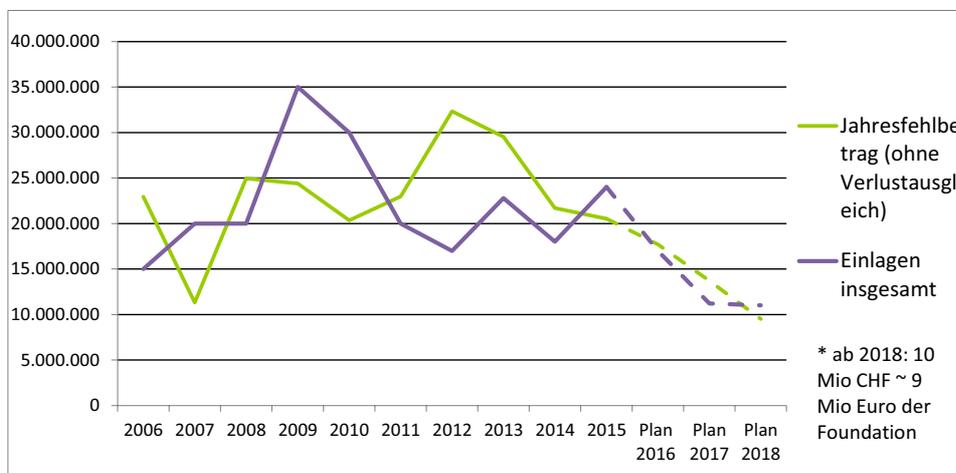
Sanierungsziele der Jacobs University effektiv kontrollieren

Seit ihrer Gründung im Jahr 1999 erhält die private Jacobs University (vormals International University) in Bremen-Grohn öffentliche Gelder. Über die Jahre summierten sich die Zahlungen des Landes Bremen auf mittlerweile rd. 164 Mio. €, weitere Zuschüsse und geldwerte Leistungen wurden vom Bund gewährt. Zusätzliche 6 Mio. € sollen durch das Land bis 2017 gezahlt werden. Bremen bürgt bis 2023 außerdem für einen Kredit über 50 Mio. €.

Der ehemalige Bürgermeister Böhrnsen hatte bei Vertragsschluss über die aktuelle Subventionslinie in Höhe von 5 mal 3 Mio. € angekündigt, dass die Subvention an „permanente Begleitung und Kontrolle“ gebunden sei („Kreiszeitung“ vom 21. August 2013). Dieses Versprechen wurde offensichtlich nicht eingehalten:

Der Landesrechnungshof hat im Jahresbericht 2015 das Controlling der Subventionen für die Jacobs University (JUB) umfangreich kritisiert. U. a. stellten die Rechnungsprüfer fest, dass Unterlagen unvollständig und lückenhaft waren, teilweise war in der Verwaltung die verantwortliche Stelle nicht besetzt, einzelne vertraglich geregelte Entwicklungsschritte der JUB wurden nicht überprüft, und Dokumentationspflichten der Privatuniversität wurden nicht durchgesetzt. Der Zuwendungsnachweis, mit dem dargelegt werden soll, was mit den öffentlichen Subventionen gemacht worden ist, wurde auf Juni 2017 terminiert – also auf einen Zeitpunkt, wo bereits die volle Summe geflossen sein wird.

Seit 2013 sind die Subventionen für die Privatuniversität erstmals an einen umfangreichen Vertrag gebunden (sogenannter trilateraler Vertrag zwischen Bremen, JUB und Jacobs Foundation vom 13. November 2013). Darin enthalten sind eine Reihe von sogenannten Meilensteinen, die die Einrichtung erreichen soll, um das strukturelle Defizit in Höhe von jährlich rd. 20 Mio. € abzubauen und sich anschließend selbst aus den laufenden Einnahmen zu tragen. Die tatsächliche und geplante betriebswirtschaftliche Entwicklung der Jacobs University stellt sich wie folgt dar. Die Fraktion DIE LINKE bezweifelt, dass die Pläne ab 2016 (gestrichelte Linien) realisiert werden können.



Tatsächliche und geplante wirtschaftliche Entwicklung der JUB. Quellen: Geschäftsberichte und Antwort des Senats, Drs. 19/645. Eigene Darstellung.

Die Fraktion DIE LINKE hat den Jahresbericht des Landesrechnungshofs zum Anlass genommen, in einer Großen Anfrage das dargestellte Kontrolldefizit und die einzelnen vertraglich vereinbarten Meilensteine abzufragen. Das Ergebnis dieser Großen Anfrage: Ungefähr die Hälfte der Maßnahmen wurden bisher umgesetzt, einige Ziele werden bereits erreicht, andere hingegen klar verpasst. Vor allem die Zahl der Studierenden liegt weit unterhalb der Planzahlen. Kritisch ist auch die Rückzahlung des Darlehens der Bremer Aufbau-Bank aus dem Jahr 2003 zu bewerten: Bisher sind von den 50 Mio. € erst 2 Mio. € getilgt, Rücklagen für die Tilgung im Jahr 2023 kann die JUB aufgrund der hohen strukturellen Defizite nicht bilden (Drs. 19/645). Deshalb muss der Senat jetzt Klarheit schaffen, inwiefern die Jacobs Foundation zur Rückzahlung des Kredits auch über die laufenden Zuwendungen hinaus bereit ist.

Mit der Umsetzung eines effektiven Controllings kann nicht gewartet werden, bis der staatliche Rechnungsprüfungsausschuss der Bürgerschaft (Landtag) seine Berichterstattung fertiggestellt hat.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. das unterjährige Controlling (Quartalsabschlüsse) der Jacobs University zusammen mit den entsprechenden Prüfberichten den parlamentarischen Gremien regelmäßig und unverzüglich zur Verfügung zu stellen.
2. sicherzustellen, dass die benötigten personellen Kapazitäten für ein effektives Controlling der Zuwendung im Wirtschaftsressort vorgehalten werden.
3. sicherzustellen, dass alle Meilensteine des trilateralen Vertrags sowie die bestehenden Dokumentationspflichten vonseiten der Vertragsunterzeichner kontrolliert und eingehalten werden.
4. bis Ende 2016 darzustellen, welche konkreten Vereinbarungen über die Rückzahlung des 50-Mio.-€-Darlehens zwischen der Bremer Aufbau-Bank, dem Senat, der Jacobs University und der Jacobs Foundation bestehen und darzulegen, welche beihilferechtlichen Prüfungen und Abwägungen in Bezug auf das Darlehen vorgenommen worden sind.

Klaus-Rainer Rupp,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE